

ND-Foto: Cammy Sungu



Seniorinnen und Senioren protestierten bei der BVV-Sitzung gegen die Pläne, die Freizeistätten in Freie Trägerschaft zu überführen.

Senioren wehren sich!

Protestaktion von 400 Senioren in der BVV

Diese BVV vom 19. November 2009 wird so schnell keiner der Anwesenden vergessen. Übervoll der Rathaussaal und die Flure trotz vorgerückter Stunde und dunkler Straßen. Rund 400 Seniorinnen und Senioren sind gekommen, um gegen Pläne der CDU und SPD zur Überführung der Seniorenfreizeitstätten in freie Trägerschaft zu protestieren und ihren Unmut kund zu tun.

Seit sich herumgesprochen hatte, dass die Seniorenfreizeitstätten in Gefahr sind, wurden mehrere tausend Unterschriften gegen eine geplante Aufgabe der kommunalen Trägerschaft für die Seniorenbegegnungsstätten und Nachbarschaftszentren gesammelt. Die Vertreter der zehn Seniorenfreizeitstätten informierten vor dem Rathaus über ihre Arbeit und zeigten Proben ihres kreativen Schaffens. Jährlich werden in unserem Flächenbezirk mit fast 70 000 Bürgern älter als 60 Jahre die vielfältigen kulturellen Angebote von mehr als 191 000 Menschen zum Teil generationsübergreifend genutzt. Hier können sie aktiv und kreativ ihren Hobbys nachgehen, sich

bilden, tanzen oder einfach nur in Gesellschaft sein, miteinander reden, sich wohlfühlen und darüber auch die kleinen oder größeren Wehwechen vergessen. Und deshalb hörten sie genau zu, mit welchen Argumenten die Vertreter der Fraktionen ihre Positionen zu dem inzwischen modifizierten Antrag vortrugen.

Die Vertreter der Linken sowie Marcus Worm von den Grünen begründeten überzeugend und verständlich, warum dieser Antrag abzulehnen ist. Die hohen Nutzerzahlen sprechen für das bestehende Konzept und dafür, dass die Angebote den Interessen und Wünschen der Nutzerinnen und Nutzer nachkommen. Sie sind die Grundlage für die auskömmliche Budgetzuweisung. Das ohne Not aufs Spiel zu setzen, ist verantwortungslos und unsozial. Eine Übergabe an freie Träger bedeutet das Ende der Planungssicherheit, Zuwendungen sind dann freiwillige soziale Leistungen. Die freien Träger haben Miet-, Sach- und Personalkosten zu tragen, die nicht mehr auskömmlich

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser des blättchen,

das Jahr 2009 war ein sehr erfolgreiches Jahr für DIE LINKE. Wir haben ein sehr gutes Ergebnis bei den Bundestagswahlen erzielt und sind fester Bestandteil eines Fünf-Parteien-Systems. Erstmals nach 1949 existiert eine auch in den alten Bundesländern zunehmend akzeptierte Kraft links von der SPD. Die einen oder anderen von Euch bzw. von Ihnen haben zu diesem Erfolg der Linken aktiv beigetragen. Dafür möchte ich Ihnen danken.

Zum Jahresausklang möchte ich es nicht versäumen, Ihnen ein frohes, besinnliches und erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes neues Jahr im Kreis Ihrer Familie und Ihrer Bekannten zu wünschen. Ihr Gregor Gysi

Die Redaktion schließt sich diesen Wünschen für ein friedliches Fest und ein frohes und glückliches neues Jahr an. Das nächste blättchen erscheint im neuen Jahr erst am Donnerstag, 14. Januar 2010

Gesicht zeigen

Gegenaktion zu der geplanten Nazi-Demo in Königs Wusterhausen am **Samstag, 5. Dezember**. Treffpunkt um 11 Uhr Karl-Marx-Straße, vor der Stadtverwaltung, gegenüber vom Bahnhof (Aufruf siehe Seite 8)

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3:** Teilerfolg errungen
- Seite 5:** Willi Sänger – Ein uner-müdlicher Antifaschist
- Seite 6:** Neues zum Nachtflugverbot
- Seite 9:** Informationen aus dem Abgeordnetenhaus

Haushaltssperren

Zählergemeinschaft spricht Bezirksamt Misstrauen aus

Einiges wiederholt sich bei der Aufstellung der Doppelhaushalte alle zwei Jahre. Erst einmal unternimmt die Senatsverwaltung für Finanzen eine größtmögliche Provokation, die dann in Nachverhandlungen deutlich, aber nicht hinreichend, abgemildert wird. Durch die im Frühjahr erfolgte Zumessung sahen sich die Bezirke insgesamt um 142 Millionen Euro betrogen. Nach einem Beschluss des Abgeordnetenhauses gestand das Land den Bezirken weitere 90 Millionen zu. Auch in diesem Jahr schreibt der Senat den Bezirken in einigen Bereichen vor, wie viel Geld sie für bestimmte Bereiche auszugeben haben. Auch wenn Mindest-

veranschlagungen für die Instandhaltung von Gebäuden oder die Ausstattung von Schulen auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen mögen, schwächen sie im Ergebnis doch die Eigenverantwort-



lichkeit und nehmen den Bezirken politische Handlungsspielräume.

Ein anderes Problem sind so genannte Normierungen. Alles das, was ein Bezirksamt so Tag für Tag treibt, ist in Produkte aufgeteilt. In allen zwölf Bezirken wird errechnet, wie teuer die Erbringung eines Produktes ist. Daraus wird dann der Mittelwert gebildet. Dieser Wert wird allen Bezirken zur Erbringung der Aufgabe zugewiesen. So kostete eine Entleihung eines Buches in einer Bibliothek in Treptow-Köpenick im letzten Jahr 1,66 Euro – soviel wie in keinem anderen Bezirk. Der Berliner Mittelwert lag bei 1,16 Euro. Da dem Bezirk aber nur dieser Mittelwert multipliziert mit der Anzahl der erwarteten Ausleihungen zugewiesen wird, besteht hier Handlungsbedarf. Der Bezirk muss also die Kosten senken und möglichst die Anzahl der Ausleihen steigern. Wenn der Senat weniger als den Mittelwert zuweist, nennt man das Normierung.

All dies – Unterausstattung, Mindestveranschlagungen und Normierungen

haben in den vergangenen Jahren alle Bezirksverordneten unisono kritisiert. In diesem Jahr stimmen SPD, CDU und FDP, die neuerdings wieder als Zählergemeinschaft auftreten, in das Konzert derer ein, die die Bezirke für überausgestattet und ineffizient halten. So setzen sie im Haushalt umfangreiche Sperren bei Ausgaben für Verwaltung und Zuweisungen durch, wenn diese über denen von 2008 liegen. Eine Freigabe kann durch den Haushaltsausschuss erfolgen. Pikanterweise gehören zu den gesperrten Titeln auch die Hilfen zur Erziehung, also Maßnahmen für Kinder in schwierigen Lebenssituationen. Eine Erhöhung der entsprechenden Mittel hatten die Bezirke in diesem Jahr schwer erkämpft. Hier dem Bezirksamt zu misstrauen, die Mittel wirksam einzusetzen, hat die Linksfraktion als verantwortungslos zurückgewiesen. Diese Sperren sind nicht nur bürokratisch, die Fraktion hält sie für ein politisch ein verheerendes Signal. Deshalb wurde der Haushaltsplan ohne die Stimmen der Linksfraktion beschlossen.

■ ■ **Philipp Wohlfeil**
Fraktionsvorsitzender
LINKSFRAKTION
in der BVV Treptow-Köpenick

Fortsetzung von Seite 2: **Senioren wehren sich**

vom Land zugewiesen werden müssen oder können. Als kommunale Einrichtungen entfallen schon die hohen Mietkosten, da neun von zehn Einrichtungen in bezirkseigenen Gebäuden untergebracht sind. Zugleich schlugen sie eine Bresche für die engagierte Arbeit der Sozialstadträtin, ihr Team, für die „Frontfrauen und -männer“ in den Einrichtungen und die etwa 200 ehrenamtlichen Seniorinnen und Senioren, die mit ihrem Engagement in den Beiräten wesentlich mithelfen, die anspruchsvollen Aufgaben zu schultern. Das wurde mit großem Beifall von den Gästen honoriert.

Unverständnis und Empörung lösten hingegen die Vertreter der CDU, SPD und FDP aus. Karl-Heinz Gromol, ehemals Leiter der Seniorenvertretung in Treptow, hatte sich bereits im Vorfeld der Sitzung mit einem Brief an den BVV-Vorsteher, Siegfried Stock (SPD), gewandt und ihn daran erinnert, dass sie trotz mancher Kontroverse gemeinsam und mit Erfolg

für den Erhalt, den Ausbau und für ein hohes Niveau in den Freizeitstätten gerungen haben.

In der Frage, ob er und die SPD das wirklich in Frage stellen wollen, haben er und seine Partei gegen die Senioren des Bezirkes entschieden. Die Zählergemeinschaft von SPD und CDU stand und wurde von den anwesenden Gästen mit entsprechenden Kommentaren zur Kenntnis genommen. Meinungen wie: „Wissen die überhaupt, wovon sie reden? Noch nie hat sich ein Vertreter dieser Parteien in den Freizeitstätten blicken lassen und doch maßen sie sich an, ohne mit uns zu reden, über die Zukunft der kommunalen Einrichtungen zu entscheiden. Die haben keine Ahnung und wollen uns vertreten. Wir haben wohl die Falschen gewählt.“

Trotz vorgerückter Stunde hat die Mehrzahl der Gäste die Debatte bis zum Ende aufmerksam verfolgt und mit Genugtuung das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag zur Kenntnis genommen. Mit 26 (ja) zu 27 (nein) Stimmen und einer Enthaltung wurde der Antrag, die öffentliche Tägerschaft der

Senioreneinrichtungen zu überprüfen, abgelehnt. Dabei waren sich die Anwesenden darüber einig, dass mit diesem Beschluss die Gefahren für die Freizeiteinrichtungen noch nicht vorbei sind und sie auch künftig ihre Freizeitstätten verteidigen müssen und wollen.

■ ■ **Anneliese Bräuer**

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
 Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.
 Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
 Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe : 24. November 2009
 Ausgabebetrag „blättchen“ 156: Do, 14. Januar 2010
 Redaktionsschluss für „blättchen 156: 4. Januar 09
 Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Seniorinnen und Senioren beim Protest in der BVV

Teilerfolg errungen

„Gemeinsam handeln ist dringender denn je“

Zu der Sitzung der BVV mit der Senioren-Demo hier ein Kommentar aus den Reihen der Volkssolidarität

„Das Wort Krise haben die Banker in Shanghai, London, Frankfurt am Main und New York aus ihrem Leben ausgebucht wie eine unvermietbare Immobilie. Es wird wieder gezockt. Es wird wieder gefeiert. Und es wird wieder klotzig verdient. Und das alles mit den Billionen, die Notenbanken und Regierungen in aller Welt in die Märkte pumpen, um die Folgen der Exzesse der Geldwirtschaft zu lindern.“

So viel aus „Der Spiegel“, jüngste Ausgabe. Verrückte Welt? Nein, kapitalistische Welt!

Da werden immer neue Milliarden Großbanken und Großunternehmen in den Rachen geworfen. Da nimmt die Staatsverschuldung Kurs auf die 2-Billionen-Euro-Marke. Da betragen die Zinsen, die der Staat in diesem Jahr zahlen muss, 67 Milliarden Euro! 2013 werden 90 Milliarden zu blechen sein!

Und da ersuchen in unserem Bezirk Treptow-Köpenick die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP in einem Antrag das Bezirksamt, „bis zum Ende des II. Quartals 2010 ein tragfähiges Konzept zur künftigen Struktur der Seniorenfreizeitstätten im Bezirk zu erarbeiten und dabei zu klären, unter welchen Bedingungen ein Teil der Seniorenfreizeitstätten in freie Trägerschaft überführt werden kann.“

Der Antrag wird mit Sparmaßnahmen begründet. Von vier Millionen Euro ist die Rede. Drei Milliarden Euro hatte der

Staat gerade in die krisengeschüttelte Immobilienbank HRE gepumpt!

Irgendwoher muss das Geld doch kommen.

Ja, und da werden eben die in bald zwei Jahrzehnten erarbeiteten und entwickelten Möglichkeiten für bürgerliches Engagement, für eine Vielzahl von Informationsgegebenheiten zu Problemen der Sicherheit, der Gesundheit oder des Verkehrs in Frage gestellt. Da sollen offenbar die in so vielen Jahren gesammelten Erfahrungen einer generationsübergreifenden Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Senioren über Bord geworfen werden. Da werden die Leistungen von über 200 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und die gemeinsam mit den Leiterinnen der Begegnungsstätten gewonnenen moralischen und kulturellen Werte einfach abgehakt.

In unserem Nachbarschaftszentrum Hessenwinkel wirken 45 Freizeit- und Bildungsgruppen. Musikalische Früherziehung und Kindertanz stehen auf dem Programm. Auf einem Programm etwa ohne „tragfähiges Konzept“?

2008 nahmen hier 35.000 Besucher und Gäste an Veranstaltungen der verschiedensten Art teil. Erfolgreich, weil engagiert und mit dem Herzen dabei arbeiten im Nachbarschaftszentrum Hessenwinkel wie sicher auch in den anderen neun Begegnungsstätten Leiterinnen und Ehrenamtliche an der Verwirklichung der 2003 beschlossenen Leitlinien für die Seniorenpolitik im Bezirk.

All dies soll nicht mehr zählen? Neue Strukturen sollen her?

Als die Absicht, den besagten Antrag in die BVV einzubringen, bekannt wurde, entwickelte sich im Bezirk schnell spontaner Widerstand. Über 1.500 Unterschriften wurden allein in unserem Ortsteil Rahnsdorf gesammelt. In einer Willenserklärung sprachen sich Bürgervereine, Sozialkommission und die Volkssolidarität, Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte, Künstler und Schriftsteller gegen das Unterfangen aus.

Am 19. November waren unter den Hunderten, die vor dem Sitzungssaal der BVV im Rathaus Treptow lautstark ihren Protest gegen den Antrag artikulierten, auch viele Rahnsdorfer, Hessenwinkler und Wilhelmshagener.

„Kommunale Freizeitstätten – wir sind hier, um sie zu retten!“ oder „Soll es kreativ zugehen – lasst die Freizeitstätten stehen!“ – so und anders ertönten immer wieder Sprechchöre. Auf Transparenten war u.a. zu lesen: „Wir lassen uns unser 2. Zuhause nicht nehmen!“

Gestützt auf den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit im Bezirk, blockte die Fraktion der LINKEN den Entsorgungsantrag ab. Der wurde schließlich mit 27 gegen 26 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Unverständlich, dass die SPD, die nun im Bund in die Opposition gedrängt wurde, die im Land Berlin regierende, von der CDU fortlaufend angefeindete Partei ist, sich in unserem Bezirk von der CDU ins Boot ziehen lässt. Übrigens: Einer der Sprechchöre lautete: „Ist die SPD sozial – bleibt hier alles kommunal!“ Sie hat diese Erwartung leider nicht erfüllt. Ohne falsche Hoffnungen zu erzeugen: Gelegenheiten, solche Erwartung zu rechtfertigen, wird es bald viele geben. Hat doch die Bundeskanzlerin für 2010 „extrem ernste Monate“ angekündigt. Bei der von ihr geführten Koalition wird es bei „extrem ernsten Monaten“ nicht bleiben. Diese Bundesregierung fährt nämlich einen Kurs, der einerseits Steuergeschenke für Reiche und Wohlhabende parat hat, andererseits aber weitere Einsparungen bei den sozialen Sicherungssystemen und bei Einrichtungen wie beispielsweise den kommunalen Begegnungsstätten ansteuert.

Wir haben am 19. November einen ersten Erfolg, einen Teilerfolg errungen. Neue Herausforderungen, neue Kämpfe werden zu bestehen sein. Gemeinsames und solidarisches Handeln an der Seite der LINKEN ist dringender denn je!

■ ■ Prof. Dr. Georg Grasnick, Vorsitzender der Ortsgruppe 91 der Volkssolidarität Treptow-Köpenick e.V.

Fehlentscheidung für den Arbeitsmarkt

Koalitionsvereinbarung hätte negative Auswirkungen

CDU/CSU und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die Administration des SGB II von der seit 2005 vorherrschenden „gemeinsamen Trägerschaft“ durch Bundesagentur für Arbeit und Kommunen auf „getrennte Aufgabenwahrnehmung“ umzustellen. Auch wenn es sich um eine sehr schwierige und mit Zeitdruck verknüpfte Frage handelt, die von den Koalitionären gewählte Lösung ist eine eklatante Fehlentscheidung und würde auch den Bezirk Treptow-Köpenick in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Wie würde das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in einem Gesetz vermutlich aussehen?

Die angedachte Lösung wäre vor allem verheerend für die unmittelbar Betroffenen – das sind in unserem Bezirk die 27.161 ALG II-Empfänger. Sie würde zu Verwaltungschaos und Verwaltungsmehraufwand führen. Sie drängte die Kommunen, die zu Recht schon immer eine tragende Rolle in der Fürsorge spielten, in bisher unbekannter Weise an den Rand des Geschehens. Und sie würde die Bundesagentur für Arbeit zur dominierenden

Fürsorgebehörde in Deutschland erheben.

Getrennte Aufgabenwahrnehmung heißt für die materielle Leistungsgewährung im SGB II:

Die Bundesagentur gewährt das Arbeitslosengeld II, die Kommune gewährt die Wohnunterkunftskosten. Zwar hofft die Koalitionsvereinbarung auf „Kooperationsverträge“ zwischen Kommunen und Bundesagentur zur Vermeidung von Doppelstrukturen. Aber genau die würden vermutlich unvermeidlich kommen. Kooperation hin oder her – jede Behörde muss zwingend eine eigenständige Bedarfsprüfung vornehmen, jeweils einen unabhängigen Bescheid erteilen, eine eigene Widerspruchsstelle einrichten.

Bescheide für eine Bedarfsgemeinschaft – in unserem Bezirk gibt es 16.568 –, die auf eine Fürsorgeleistung dringend angewiesen ist, sollten schnell, korrekt und in sich widerspruchsfrei erstellt sein – wer kann das einer Doppelverwaltung unterstellen, wenn schon heute 250.000 Klagen gegen Leistungsbescheide im SGB II vor den Sozialgerichten anhängen?

Beim „Fordern“, der Kehrseite der Förderung im SGB II, sind Leistungskürzungen zu erlassen und zu verwalten. Da graust es, wenn man sich die Doppelverwaltung ausmalt.

Die Grundsicherung ist das letzte soziale Netz in Deutschland. Ihre Gewährung durch zwei Behörden mit der Folge von Erschwerung, Verlangsamung und Fehlerhaftigkeit stellt eine auch europaweit einmalige Verirrung der Fürsorgeverwaltung dar, die nach Ansicht von Verfassungsrechtlern geeignet ist, Grundrechte zu verletzen.

15.000 Mitarbeiter in der Leistungsbearbeitung braucht die Bundesagentur zusätzlich, wenn sie die Gewährung des ALG II künftig allein durchführen soll. Die ALG II – Sachbearbeitung führen heute überwiegend die zu den Jobcentern abgeordneten Angestellten der Kommunen durch, die künftig wieder zur Kommune zurückkehren. Wer ersetzt kurzfristig ihren Sachverstand für eine komplexe Materie? Übernimmt die Bundesagentur diese Mitarbeiter? Heute sieht es nicht danach aus, dass viele ihrem Ruf folgen wollten.

Solide Schätzungen über die Mehrkosten der künftigen Doppelverwaltung gibt es noch nicht.

Von 400 Millionen Euro ist die Rede. Wie passt das in die Zeit?

■ ■ Hans Erleben

BVV-Beschlüsse – was wurde daraus?

► Geh- und Radweg im Königsheideweg

Im Königsheideweg wird auf der nördlichen Seite am Rande der Königsheide kein gemeinsamer Geh- und Radweg gebaut werden, da die Strecke in ausgewiesenen Wasserschutzzonen liegt. Nach Aussage der Berliner Wasser Betriebe und der zuständigen Senatsverwaltung würden sich die erforderlichen Kosten zur Abwehr von Gefährdung des Grundwassers auf 7,7 Millionen Euro belaufen. Dabei seien Reinigungs- und Bodenfilteranlage nicht eingerechnet, heißt es in der Stellungnahme von Bezirksstadtrat Rainer Hölmer zu einem BVV-Beschluss von 2007.

► Digitalisierung der Friedhofsakten

Mit einer Digitalisierung der Friedhofsakten wurde im Oktober im Amt für Umwelt

und Natur mit Hilfe von Praktikanten begonnen. Wie der zuständige Stadtrat Michael Schneider erklärte, sei es bisher nicht möglich, diese Aufgaben wie von der BVV gefordert, im Rahmen von geförderten Beschäftigungsmaßnahmen zu erledigen.

► Keine Elektroautos fürs Bezirksamt

Für verschiedene Bereiche des Bezirksamtes sind die Voraussetzungen für den Einsatz von Elektroautos noch nicht gegeben. Sollten zukünftig Modelle auf den Markt kommen, die bei vergleichbaren Kosten den dienstlichen Bedingungen entsprechen, werde das Bezirksamt eine Anschaffung oder ein Leasing prüfen. Das erklärte Bezirksstadtrat Michael Schneider in Bezug auf einen entsprechenden BVV-Beschluss.

► Sportliche Nutzung des Treptower Parks

Entsprechend einem Beschluss der Bezirksverordneten prüft das Amt für Umwelt und Naturschutz gegenwärtig Möglichkeiten, kostengünstig und vandalismussicher Streckenmarkierungen im Treptower Park anzubringen. Die BVV hatte darum ersucht, im Rahmen von Regelungen für das Gartendenkmal Jogging-Strecken auszuweisen.

► Kein Abzug von Bahnhofspersonal

An den S-Bahnhöfen Köpenick, Adlershof, Schnöneweide und Treptower Park, die wichtige Knotenpunkte im Bezirk darstellen, ist kein Abzug von Bahnhofspersonal geplant, informierte Bezirksstadtrat Rainer Hölmer. Er bezog sich bei seinem Schlussbericht zu einem entsprechenden BVV-Beschluss von 2007 auf eine Erklärung der S-Bahn Berlin GmbH.



Willi Sänger – ein unermüdlicher Antifaschist

Seit etwa einem halben Jahr zeigen vier Sportstätten unseres Bezirkes wieder öffentlich deutlich erkennbar die ihnen vor Jahrzehnten gegebenen Namen. So mancher wird sich an die in der DDR durchgeführten Willi-Sänger-Gedenkkläufe durch Berlins Plänterwald erinnern. Nun wird als „Sportanlage Willi Sänger“ auch jene für Grün-Weiß Baumschulenweg an der Köpenicker Landstraße 186 wieder ausgewiesen. Vielfach in Vergessenheit geraten zu sein scheint indes: Wessen Schaffen wird auf diese Weise überhaupt gewürdigt und warum?

Am 6. Juli 1944 wurde Willi Sänger, der sich seit Jahren antifaschistisch betätigte, von der Gestapo aufgespürt und festgenommen. Als letzte Wohnadresse ist Onckenstraße 19 in Berlin-Neukölln er-

mittelt. Seit Anfang 1944 hatte er der Widerstandsgruppe um Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein angehört, übernahm trotz Gefahr für eigene Gesundheit und Leben auch Kurierdienste nach Leipzig. Letztlich besiegelte Roland Freislers „Volksgerichtshof“ am 21. Oktober 1944 das weitere Schicksal von Willi Sänger.

Erfahren war Willi Sänger zweifelsohne, hatte er sich doch bereits seit 1913 für den Arbeitersport und insbesondere den Arbeitersportverein „Fichte“ engagiert. Außerdem ist von Irma Tamm übermittelt, dass 1933 „mein Mann und ich im Zusammenwirken mit Genossen Willi Sänger noch ca. ein Jahr organisatorisch die Universum-Bücherei mit ihren zigtausend Mitgliedern abgewickelt“ haben.

Irma Tamm war die Tochter des Kreuzberger Schriftsetzers Gustav Wegener, der auch 1944 illegale Verbindungen mit Willi Sänger gehalten hatte. Wie dieser bezahlte Wegener seinen antifaschistischen Mut schließlich mit dem Leben.

Im Mai 1894 war Willi Sänger in Berlin geboren worden. Nach Abschluss der Volksschule schlug er eine kaufmännische Laufbahn ein, war zunächst als Angestellter, später als Bilanzbuchhalter in unterschiedlichen Firmen tätig. Parallel wurde er Gründer und Vorsitzender der Sparte Leichtathletik des ASV „Fichte“ für Berlin-Südost. Mit übersprungenen 1,76 m im Hochsprung gehörte er bereits in den 1920er Jahren mit zur leichtathletischen Spitze der Weimarer Republik. Als Folge anhaltender politischer Auseinandersetzungen mit Vereinigungen anderer Sportverständnisses wurde 1930 die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit (KGRS) ins Leben gerufen. Auch Willi Sänger schloss sich diesem Schritt seiner Parteiführung an – er war etwa 1919 der jungen KPD beigetreten – und gehörte selbst zur Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KGRS. 1933 ging Sänger dann zur antifaschistischen Untergrundarbeit über. Er pachtete in der „Waldemarstr. 4 eine Spirituosenhandlung und Weinkellerei“, hat Irma Tamm berichtet. Sie selbst versorgte tagsüber den Laden, unermüdlich arbeitete Sänger an „Druckherstellung von Flugblättern und anderen Materialien“ im dortigen Keller. Solche verbreiten half er auch 1944 mit. Wie Gustav Wegener hatte Willi Sänger Vorbehalte geäußert gegenüber allzu vertrauensseligem Umgang mit dem früheren KPD-Nachrichtendienstmitarbeiter Ernst Rambow. Diesen hatte man inzwischen zum Gestapo-Spitzel gepresst. Durch Verrat wurde er für die einsetzende Verhaftungswelle gegen Saefkow und Mitstreiter im Juli 1944 maßgeblich verantwortlich.

Sänger hatte noch einen Monat lang nach Verkündung des Todesurteils hinter den Mauern des Zuchthauses Brandenburg-Görden schmachten müssen. Dann wurde er zu jenem gesonderten Raum der Hinrichtungsstätte geführt, in dem die Urteilsvollstreckungen erfolgten. Die von Brandenburgs Wissenschaftsministerium herausgegebene Schrift „Zum Gedenken“ vermerkte 1995: „Sänger, Willi geboren am 21. Mai 1894 ermordet 27. November 1944“. Seiner 65 Jahre danach zu gedenken, ist wegen rechtsextremer Entwicklungen hochaktuell.

■ ■ Fred Bruder



Zum 65. Jahrestag der Ermordung Willi Sängers wurde mit einer kleinen Kundgebung gedacht.

Nachtflugverbot

Bohnsdorfer geben sich kämpferisch

Die Stühle der Kulturküche in Bohnsdorf reichten nicht bei der Diskussionsveranstaltung gegen die Genehmigung von Nachtflügen. Über hundert Teilnehmer dokumentierten die hohe Erwartung auf Unterstützung durch die für Gesundheitspolitik Verantwortlichen in den Rot-Roten Landesregierungen Berlin und Brandenburg gegen die Unterlaufung des Nachtflugverbotes (blättchen berichtete). Die anwesenden Bezirksstadträte bekamen Zustimmung für die Feststellung, dass die wirtschaftlichen Vorteile für Berlin, die der Großflughafen mit sich bringen soll, nicht durch unzumutbare nächtlichen Belastungen im Umfeld von Schönefeld erkauft werden dürfen.

Große Zustimmung erhielt die Linksfraktion der Bezirksverordnetenversammlung, die mit ihren Anträgen zur Information und Auslegung der Planfeststellungsunterlagen in der Zeit vom 4. bis 17. Januar, zu kontrollierbaren Lärmmessungen, zur Mittelbereitstellung und Beratung für die Beantragung von Schallschutzmassnahmen, zur Finanzierung von Gutachten und medizinischen Langzeituntersuchungen konkrete Unterstützung veranlasst.

Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu Klagen und deren Finanzierung ist durch die Veranstaltung sicher gewachsen.

■ Ernst Welters

Philipp Wohlfeil als Vorsitzender bestätigt

Linksfraktion verständigt sich auf Schwerpunkte bis 2011

Auf ihrer Klausurtagung hat die Linksfraktion Treptow-Köpenick turnusgemäß einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Die Verordneten bestätigten ihren bisherigen Vorsitzenden Philipp Wohlfeil mit 14 von 15 abgegebenen Stimmen im Amt. Ebenfalls wiedergewählt wurde Udo Franzke zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Ferner gehören dem Gremium Marina Borkenhagen, Heike Kappel, Dan Mechtel und André Schubert an.

Bereits zuvor hatte sich die Fraktion auf die politischen Schwerpunkte der Arbeit bis zur Neuwahl 2011 verständigt:

- Erhalt der Seniorenfreizeitanlagen in kommunaler Trägerschaft,
- Begleitung der anstehenden Strukturveränderungen im Jobcenter im Sinne der Betroffenen in Zusammenarbeit mit Sozialstadträtin Ines Feierabend und dem Arbeitskreis Jobcenter,
- Ausweitung der Gemeinschaftsschule und Ganztagsbetreuung im Schulhort auch für Kinder von erwerbslosen Eltern,
- Durchführung der beschlossenen Verkehrskonferenz, um die Zuwegung zum Flughafen zu klären,
- die Unterstützung der Anwohnerinnen und Anwohner bei der Durchsetzung eines umfassenden Nachtflugverbotes und die Errichtung von Fluglärmmessstationen,
- Unterbindung von Durchgangsverkehr

innerhalb von Ortsteilen durch Umfahrungsmöglichkeiten, insbesondere die Süd-Ost-Verbindung zur Entlastung von Schöneeweide,

- Übertragung des Strandbads Müggelsee in das Vermögen des Bezirkes, um es langfristig als Sport- und Erholungsfläche bei freiem Eintritt zu sichern, eine dem sozialverträglichen Charakter insgesamt nicht entgegenstehende gewerbliche Nutzung zu ermöglichen und die Voraussetzungen für den Erhalt, die Sanierung und die Nutzung der denkmalgeschützten Bausubstanz zu schaffen,
- eine leistungsfähige Bibliotheksstruktur, die die dramatischen Ergebnisse der Kostenleistungsrechnung berücksichtigt, mit zwei Mittelpunktsbibliotheken und ergänzenden Angeboten in der Fläche,
- den Erhalt und langfristig den Ausbau der vielfältigen Angebote im Jugendbereich, wobei Übertragungen von Einrichtungen an Freie Träger nur unter der Maßgabe pädagogischer Gesichtspunkte vorzunehmen sind,
- Verlagerung des Mellowparks an den Standort An der Wuhlheide und hier insbesondere die Schaffung der planungs- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen, die Beförderung der Akzeptanz bei den Anwohnerinnen und Anwohnern in Spindlersfeld und die Finanzierung des Projekts.

Bezirksverordnete fragen nach

► Betonkante im Strandbad Rahnsdorf

In einem Gutachten zu den Auswirkungen eines Abbruchs der Betonuferkante am Nordufer des Großen Müggelsees wird der Abbruch im Sandstrandbereich empfohlen. Zwischen FKK-Bereich und Hauptstrand soll die Kante belassen werden, erklärte Bezirksstadtrat Michael Schneider auf eine Kleine Anfrage der Bezirksverordneten Karin Zehrer (SPD). Das Bezirksamt hatte sich in dieser Frage auch mit den Berliner Forsten als Eigentümer beraten. Eine Abstimmungsrunde

mit den beteiligten Senatsverwaltungen sei noch für dieses Jahr geplant.

► Gewerbegebiet Bohnsdorf West

Die Brücke über die A 117 im Bereich der ehemaligen Flughafenrollbahn in Schönefeld wurde nur für den neuen Anschluss an den BBI errichtet, heißt es in der Antwort von Bezirksstadtrat Rainer Hölmer auf eine Kleine Anfrage von Wolfgang Knack (CDU). Eine Erschließung des Gewerbegebiets „Business Park Berlin“ über die Brücke sei nicht geplant.

► Programm Schule und Verein

Das Programm „Schule und Verein“ des Landessportbundes, eine Vernetzung zwischen Sportvereinen und Grundschulen, läuft im Bezirk mit sehr gutem Erfolg, erklärte Bezirksstadtrat Svend Simdorn auf eine Kleine Anfrage von Oliver Igel (SPD). In diesem Jahr beteiligten sich bisher 854 Kinder in 68 Kooperationsmaßnahmen. Schulen und Vereine genießen Eigenständigkeit, das Programm würde aber vom Bezirksamt hinsichtlich Werbung und Information gefördert.



Klare Entscheidung gegen den Krieg

Am 3. Dezember (nach Druckbeginn des Blättchen) sollte der Bundestag über die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes abstimmen. Doch bevor die Abgeordneten an der Reihe waren, haben bereits Bürger abgestimmt. In einer von der Friedensbewegung initiierten „Volksabstimmung“ konnte man sich in 50 Städten mit Abstimmungszetteln entscheiden. Auch in Treptow-Köpenick wurde Gelegenheit zur Entscheidung gegeben. Die Entscheidung war eindeutig. Eine öffentliche Auszählung am Bahnhof Schöneeweide ergab: von 1296 abgegebenen Stimmzetteln stimmten 1289 gegen den weiteren Einsatz in Afghanistan, nur 7 stimmten dafür.

Gute Nachrichten aus der Schweiz

Der Schweizer Pharmakonzern Novartis kündigte dem Rechtsradikalen Philippe Eglin (21). Er ist Präsident der Region Basel, der rechtsradikalen Partei PNOS. Eglin unterhält gute Beziehungen zu deutschen NPD und hat auf NPD-Veranstaltungen gesprochen. Nicht zuletzt stellt seine Partei auf ihrer Website den Holocaust infrage. Das Tagebuch der Anne Frank basiere auf einem Lügengemälde, heisst es dort.

All dies ist der Novartis nun Grund genug, Eglin zu entlassen. „Wegen Unvereinbarkeit der Novartis-Ethik und den öffentlich vorgebrachten politischen Ansichten von Philippe Eglin plant Novartis, das Arbeitsverhältnis mit ihm aufzulösen“, bestätigte Pressesprecher Satoshi Sugimoto Journalisten. Als global tätiges Unternehmen in über 140 Ländern sei für Novartis Weltoffenheit und Respekt für den Menschen wichtig. „Dies bedeutet, dass wir Diskriminierungen aufgrund von Rasse, Geschlecht oder Religionszugehörigkeit nicht tolerieren.“

► Adlershofer Therme

Das für die Therme vorgesehene Areal wird weiter frei gehalten und seine Nutzung für die Therme ist im B-Plan fixiert. So Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler in einem Schlussbericht zu einem diesbezüglichen BVV-Beschluss von 2002. Sie bezog sich dabei auf eine Rücksprache mit der Adlershof Projekt GmbH. Danach gebe es derzeit keinen interessierten Investor. Hemmnisse seien die Bedingungen für die Tourismus-Förderung in Berlin, wonach eine 50-prozentige überregionale Nutzung erforderlich sei. Auch konnten bei einem anderen Interessenten die Einnahmen aus dem Schulschwimmen nicht zur Deckung der Finanzierung herangezogen werden. Eine frei finanzierte Variante dagegen würde einen nicht realisierbaren Eintrittspreis von 20 Euro ergeben.

Projektaufruf 2010

Lokaler Aktionsplan Treptow-Köpenick

Der Bezirk Treptow-Köpenick hat im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ – Jugend für Vielfalt Toleranz und Demokratie 2007 einen Lokalen Aktionsplan Treptow-Köpenick entwickelt und diesen kontinuierlich fortgeschrieben. Für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans werden für den Zeitraum 01.01.2010 bis 31.12.2010 Fördermittel in Höhe von 100.000 Euro durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitgestellt. Mit diesen Fördermitteln unterstützt der Bezirk Treptow-Köpenick die Durchführung von Einzelprojekten, die zur Erreichung der im Lokalen Aktionsplan definierten Ziele beitragen. Die maximale Fördersumme für ein Einzelprojekt beträgt 20.000 Euro.

Die Zielstellung des Lokalen Aktionsplans Treptow-Köpenick fokussiert auf die Themenbereiche Rassismus und Alltagsrassismus sowie auf die Fragestellung, wie die demokratische Beteiligung

und das zivilgesellschaftliche Engagement in den einzelnen Ortsteilen erhöht werden kann. Der Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplans ruft hiermit zur Einreichung von Projektvorschlägen zu folgenden Schwerpunktzielen auf:

- Fortbildungsangebote zur Sensibilisierung zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Rechts extremismus und zur Stärkung der Zivilcourage für Schülervertreter/innen und Multiplikator/innen aus der Jugendarbeit und der bezirklichen Verwaltung;
 - praxisorientiertes Modellprojekt zum Thema „Umgang mit Alltagsrassismus“ mit Kindern und Jugendlichen;
 - Modellprojekt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, das Partizipation (Beteiligung) und demokratische Entscheidungsprozesse erfahrbar macht.
- Einsendeschluss ist der 18. Januar 2010. Die Projekte können frühestens am 01. März 2010 beginnen und müssen spätestens mit dem Ende des Bewilligungszeitraums des Lokalen Aktionsplans, im 3. Förderjahr am 31. Dezember 2010, enden.

Bei Nachfragen oder Beratungsbedarf können Sie sich gerne an die Koordinierungsstelle wenden.

Informationen zum Lokalen Aktionsplan Treptow-Köpenick und die notwendigen Unterlagen für das Einreichen eines Projektvorschlags sind unter www.lap-tk.de zu finden, Informationen zum Bundesprogramm „Vielfalt Tut Gut“ unter www.vielfalt-tut-gut.de



Eröffnung des Ausbildungsjahres

(kf) Als ein touristischer Anlaufpunkt steht es seit wenigen Wochen im Luisenhain genau gegenüber dem Köpenicker Rathaus – das Bronzemedell von der Köpenicker Altstadt, originalgetreu aufgebaut im Maßstab 1:500. Das Grundmodell dafür wurde aus Holz in liebevoller Detailarbeit in den Werkstätten von PRAXIS-NAH e.V. gefertigt.

Im ehrwürdigen Ratssaal begingen am 13. November jene Mitarbeiter und Auszubildende des Köpenicker Vereins zur Förderung der Berufsbildung die Eröffnung des Ausbildungsjahres 2009/2010.

Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) bedankte sich auf der Festveranstaltung bei den Anwesenden für diese Arbeit. Dr. Gregor Gysi, mit Direktmandat der LINKEN in den Bundestag gewählter Abgeordneter aus dem Wahlkreis Treptow-Köpenick, war zu Gast und wünschte vor allem den 87 neuen Azubis einen guten Start und eine erfolgreiche Lehrzeit beim Verbundbetrieb PRAXIS-NAH e.V.

Ehrenplakette für Eiserne

Die Deutsche Olympische Gesellschaft (DOG) Berlin hat Vertretern des 1. FC Union Berlin eine Ehrenplakette und eine Urkunde als Anerkennung der Verdienste überreicht, die sich Mitglieder und Anhänger des Vereins mit ihrer ehrenamtlichen Aufbauleistung bei der Modernisierung des Stadions an der Alten Försterei erworben hatten.

Rund 2.300 fleißige Helferinnen und Helfer hatten in ca. 140.000 Aufbaustunden über viele Monate dazu beigetragen, die

Fußball-Kultstätte am Rande der Wuhlheide in den heutigen Zustand umzubauen, der den Anforderungen des Deutschen Fußball-Bundes für die Zweite Bundesliga entspricht. Ihre Hilfe entspricht in ihrem materiellen Wert gut der Hälfte der acht Millionen Euro teuren Sanierung.

Adventskalender

Zum vierten Mal lädt der wandernde Weihnachtskalender Schöneweider, Berliner und ihre Gäste ein, den Stadtteil neu zu entdecken, ein wenig Ruhe und Besinnlichkeit wie vielleicht auch ein

besonderes Weihnachtsgeschenk zu finden. Hinter jedem Türchen wartet eine Aktion Schöneweider Bürger, Vereine, Unternehmen und Künstler, die für vielerlei Anspruch interessante Angebote bereithalten. Angeführt und eröffnet vom Lichtermarkt an der Christuskirche reißen sich die zahlreichen Veranstaltungen aneinander wie die Kerzen einer Lichterkette am Weihnachtsbaum und setzen strahlende Akzente in die von zeitiger Dunkelheit geprägte Adventszeit. Mehr Informationen zum Programm unter www.der-wandernde-weihnachtskalender.de

Berlinerinnen und Berliner zeigen Gesicht gegen Naziaufmarsch – auch in Königs Wusterhausen!

Die rechtsextreme Szene von Berlin und Brandenburg will am **5. Dezember 2009** in Königs Wusterhausen für ein so genanntes „Nationales Jugendzentrum“ demonstrieren, wie zuvor seit 2003 in Berlin, zumeist in Treptow-Köpenick.

Wir haben es geschafft, dass der Dezember in Berlin dieses Jahr nazifrei bleibt.

Egal wo die Feinde der Demokratie für ihre menschenverachtenden Ziele mit dumpfen Parolen aufmarschieren, wir werden zeigen, dass wir gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus stehen.

Wir rufen dazu auf, die Gegenaktionen der Zivilgesellschaft in Königs Wusterhausen lautstark und bunt zu unterstützen. Mit der S-Bahn S46 ist man schnell dort.

Treffpunkt ist **11.00 Uhr** in der Karl-Marx-Straße, vor der Stadtverwaltung, gegenüber vom Bahnhof, von dort wird eine Demonstration zum Fontane-Platz führen, wo zwischen 10.00 und 16.00 ein multikultureller Weihnachtsmarkt der demokratischen Parteien stattfindet.

Wir sind lauter, wir sind bunter, wir sind mehr!

Bevor der Nikolaus kommt treten wir den Nazis auf die Stiefel!

Aktuelle Infos unter www.mbr-berlin.de und in der Tagespresse.

Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick
Schirmherrin Gabriele Schöttler, Bezirksbürgermeisterin (SPD)

ErstunterstützerInnen:

Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin Lichtenberg (DIE LINKE)

Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf (DIE LINKE)

Dirk Retzlaff, Bezirksstadtrat Treptow-Köpenick (SPD)

Dr. Hans Erxleben, MdBVV Treptow-Köpenick (DIE LINKE)

Matthias Schmidt, MdBVV Treptow-Köpenick (SPD)

V.i.S.d.P.: Dirk Retzlaff, Geschäftsführer Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick, Freiheit 15, 12555 Berlin

Finanzieller Druck auf Berlin wird zunehmen

Seit einigen Wochen stellen CDU/CSU und FDP die Bundesregierung. Die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung zeigt, wohin die Reise gehen soll. Der Druck auf die finanzielle Lage Berlins sowie auf die soziale Situation vieler Menschen wird zunehmen. Dies machen schon wenige Beispiele deutlich: Der Verzicht auf rund 24 Milliarden Euro Steuereinnahmen bundesweit schlägt für Berlin mit rund 700 Million Euro jährlichen Einnahmeverlust zu Buche. Von den Steuerentlastungen werden vor allem die Besserverdienenden profitieren. Bei ihnen wird die Steuersenkung nicht durch die geplante Erhöhung der Pflege- und Krankenversicherung aufgeessen. Der Steuersatz für die Erbschaftssteuer sinkt, und für die Unternehmen sind weitere Entlastungen angekündigt. Schwarz-gelb will öffentliche Unternehmen weiter privatisieren. Bei der Personenbeförderung sollen die privaten Vorrang vor den öffentlichen Unternehmen haben. Kommunale Unternehmen sollen mit privatrechtlichen steuerrechtlich gleichgestellt werden. Weitere Gebührenerhöhungen bei der Abwasser- und Müllentsorgung sind absehbar. Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger werden auf die Kommunen und somit auch auf Berlin abgewälzt. Die Betriebskosten und insbesondere die Heizkosten sollen pauschaliert werden. Der tatsächliche Verbrauch wird nicht mehr berücksichtigt. Schwarz-gelb will den Kündigungsschutz für Mietwohnungen abbauen. Für die Mieterstadt Berlin ein verheerendes Signal. Die Vermieter sollen die Möglichkeit einer Kündigungsfrist von drei Monaten erhalten. Minijobs sollen aufgewertet und ausgeweitet werden. Somit wird die Zahl der Beschäftigten in solchen prekären Arbeitsverhältnissen zunehmen, deren Einkommen durch Zuschüsse aufgestockt werden muss, weil sie weniger als „Hartz IV“ erhalten. Es soll keinen flächendeckenden Mindestlohn geben. Branchenmindestlöhne stehen auf dem Prüfstand. Dies alles wird die Haushaltssituation Berlins zusätzlich verschärfen. Ein Umstand, der alarmiert.

■ ■ Uwe Doering, *Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus*

Fraktionen des Abgeordnetenhauses für Diäten-Erhöhungen

Alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses sind sich einig, dass erstmals seit 2001 in Berlin wieder die Diäten der Abgeordneten erhöht werden sollen. Sie haben dazu einen gemeinsamen Antrag eingebracht, mit dem das Landesabgeordnetengesetz und das Fraktionsgesetz geändert werden.

Die Diäten würden danach ab 1. Januar 2010 monatlich 3.233 Euro (Brutto) betragen. Gleichzeitig wird das aufwendige Verfahren abgeschafft, jährlich eine Empfehlung der Diätenkommission einzuholen. Diese hatte in den vergangenen Jahren zwar immer wieder eine Anhebung der Abgeordnetenbezüge vorgeschlagen. Mit Blick auf die riesigen Konsolidierungsleistungen in der Stadt, insbesondere der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, wurden Diätenerhöhungen von allen Fraktionen des Abgeordnetenhauses aber regelmäßig abgelehnt.

Dabei wurde nicht nur auf eine Steigerung der Diäten verzichtet, sondern auch auf die mögliche Kopplung der Bezüge an die Beamtenbesoldung. In der Konsequenz erhielten die Berliner Abgeordneten bisher 2.951 Euro im Monat. Das sind etwa zehn Prozent weniger als die Hälfte des Gehalts eines Bezirksstadtrats. Ein

Zum Schmetterlingshorst

Siegfried Stock (Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick), Schirmherr der Veranstaltung „Feierliche Straßenbenennung“ nahm die Enthüllung des Straßenschildes „Zum Schmetterlingshorst“ im Kreis von Ehrengästen und Besuchern vor. Tatkräftige Mithilfe erfolgte durch die Leiterin des Kulturamts Treptow-Köpenick, Doris Thyrolph und den Fraktionsvorsitzenden „Die LINKE“ Philipp Wohlfeil, dessen Fraktion den Antrag zur Straßenbenennung in die BVV eingebracht hatte. Zuvor würdigten Dr. Walter Kaczmarczyk und Siegfried Stock die bisher geleistete Arbeit des Bezirkssportbunds zum Erhalt und Sanierung von Schmetterlingshorst. Mit der nunmehr erfolgten Straßenbenennung, Sanierung der Gebäude und dem Erwerb der Schmetterlingssamm-

Vergleich aller Bundesländer zeigt außerdem, dass die Berliner Abgeordneten bundesweit zu den Parlamentariern mit den geringsten Einkünften zählen.

Und obwohl Diätenerhöhungen nicht besonders populär sind, waren sich die Fraktionen einig: Das Auslaufen des Solidarpakts im Öffentlichen Dienst 2009 sollte zum Anlass genommen werden, um nach acht Jahren die Abgeordnetenbezüge wieder auf den gesetzlich vorgesehenen Stand zu bringen.

Zusätzlich zu den Diäten erhalten die Abgeordneten auch künftig eine Kostenpauschale für Schreibarbeiten, Porto, Telefon und Fahrkosten in Höhe von knapp 950 Euro. Denn obwohl Parlamentarier steuerrechtlich wie Freiberufler behandelt werden, können sie Dinge wie Werbungskosten, Bewirtungsausgaben oder die monatlichen Mandatsträgerabgaben an die Parteien – bei der Linken sind das im Durchschnitt 450 Euro pro Abgeordneter – nicht extra als Aufwendungen geltend machen. Sie erhalten für all diese Dinge eine pauschale Summe. Deren Höhe wird weiterhin vom Präsidenten, orientiert am Verbraucherpreisindex für Berlin, festgesetzt.

lung, die ganzjährig zu besichtigen ist, wurde eine über hundertjährige Tradition wieder hergestellt und dem Verfall von traditionsreichen Ausflugszielen in unserem Stadtbezirk Einhalt geboten.

Der anschließende Empfang, zu dem der Bezirkssportbund einlud, wurde sehr schön musikalisch untermalt vom Duo Na Part.

■ ■ Wolfgang Dürr



Foto: Wolfgang Dürr

Gysi meint...



Steuersenkungen mit schlimmen Folgen

Bei der Klausur der Bundesregierung im Schloss Meseberg stritten sich Union und FDP nicht um die Richtung ihrer künftigen Politik. Hinsichtlich der weiteren Entsolidarisierung in der Kranken- und Pflegeversicherung und des neoliberalen Irrglaubens, allein durch Steuersenkungen auf Pump auch noch zugunsten der Konzerne, Vermögenden und Bestverdienenden mehr Wachstum zu erzeugen, sind sie sich völlig einig. Auch darin, dass die unhaltbaren Steuersenkungsversprechen einen noch härteren Sparkurs zu Lasten der abhängig Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner, der Kranken und der Arbeitslosen zur Folge haben, die allerdings erst nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verkündet werden.

Der Streit in der Koalition dreht sich lediglich um das Tempo und Ausmaß unsozialer neoliberaler Politik.

Bei den Steuersenkungen will die FDP, im Prinzip auch die Union, statt des geltenden linearen Tarifverlaufs ein ungerechtes Stufenmodell einführen. Das hätte zur Folge, dass Menschen mit niedrigem Einkommen um durchschnittlich ein Prozent, und die mit hohem Einkommen dagegen um 16,8 Prozent entlastet würden. Ein Stufentarif à la FDP führte obendrein zu weitaus höheren Steuerausfällen von bis zu 62 Mrd. Euro, die nur durch noch drastischere Kürzungen bei den Sozialleistungen zu finanzieren wären.

Die Linke hat stattdessen in ihrem 10-Punkte-Sofortprogramm Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage wie die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, die Erhöhung der Renten und der Regelsätze für Hartz-IV-Empfangende vorgeschlagen. Außerdem brauchen wir zur Belebung der Wirtschaft mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit, Verkehr und Energiewende und einen Zukunftsfonds. Damit können bis zu 2 Millionen Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden.



Foto: SV Luftfahrt Ringen

Dr. Gysi auf der Ringermatte

Besondere Aufmerksamkeit am Rande der Matte bekam kürzlich beim SV Luftfahrt Ringen e.V. in der Sporthalle in Baumschulenweg ein Mann, der zum ersten Mal in seinem Leben einen Ringkampf besuchte – der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi. Im September 2009 hatte er das Direktmandat in seinem Wahlkreis Trepow-Köpenick „errungen“ und besuchte nun voller Neugier den Spitzenkampf der Ringer in der 2. Bundesliga gegen den SV Johannis Nürnberg. In einer Kampfpause übergab Dr. Gysi einen Scheck über 500 Euro an den Finanzreferenten des SV Luftfahrt. Tosender Applaus und „Gregor, Gregor...“ – Rufe aus dem Fanblock des SVL

waren die Folge. Die Verantwortlichen des Vereins hoffen, dass dieses sehr herzliche Willkommen der Startschuss für eine gute Zusammenarbeit zwischen dem SV Luftfahrt und der Politik ist. Schließlich werden in 15 Monaten Deutsche Meisterschaften im Ringen in Berlin vom SV Luftfahrt Ringen ausgerichtet.

MM

Bürgersprechstunde Gregor Gysi

Die nächsten Sprechstunden finden am **8. Dezember** sowie am **12. Januar** in der Zeit von **13.00 – 18.00 Uhr** im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin statt.

Anmeldung bitte unter (030) 63 22 43 57

Wahlkreisbüro Gysi ist in der Zeit vom 21. Dezember bis 6. Januar geschlossen.

Stimmabgabe für linken Journalismus

ND-WAHL-ABO: 3 MONATE TESTEN, 67 % SPAREN, GRATIS TASCHENKALENDER!

Testen Sie jetzt »Neues Deutschland«, die überregionale, sozialistische Tageszeitung aus Berlin 3 Monate lang für nur 33 Euro – das sind 67 % Ersparnis! Die Lieferung endet automatisch.

Gleich bestellen:
030/2978-1800
oder im Internet unter
www.nd-wahlabo09.de



Anzeige

Einladung zur Hauptversammlung Der LINKEN Treprow-Köpenick

30. Januar 2010 | 10.00–14.00 Uhr
Rathaus Treprow (angefragt)

Tagesordnung:

- Schwerpunktaufgaben 2010
- Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag
- Wahl der Mitglieder für den Landesausschuss

KONTAKT

Bezirksverband
Geschäftsstelle Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
E-Mail: bezirk@dielinke-treprow-koepenick.de
Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,
Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treprow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41
Öffnungs- und Kassenzeiten:
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Schließzeiten zum Jahreswechsel:

Geschäftsstelle Treprow:
Letzter Kassentag: 17. Dezember, 14-17 Uhr
Erster Kassentag: 07. Januar, 14-18 Uhr
Geschäftsstelle Köpenick:
Letzter Kassentag: 15. Dezember, 10-17 Uhr
Erster Kassentag: 12. Januar, 10-17 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treprow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treprow-koepenick.de
Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63 22 43 57,
Fax (030) 63 22 43 58

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

www.dielinke-treprow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN

im Dezember zum Geburtstag

- 94. Hertha Meybaum
- 92. Elfriede Leipner
- 90. Lisa Bauer, Eva Gerber
- 85. Christa Schubert, Irmgard Steigerwald, Ingeborg Theek, Gisela Töpfer, Eduard Förg, Werner Naumann, Hans Werner

- 80. Charlotte Mager, Karl-Heinz Freitag, Harry Weber
- 75. Uschi Britsche, Marianne Gräfe, Renate Richter, Hans-Joachim Hahn, Dieter Kempe, Horst Pöhl, Helmut Recknagel

Von Kopfpauschale und Schutzimpfung Politiker diskutierten vor Ort

Wohin geht die Gesundheitspolitik, lautete das Thema einer Veranstaltung in der Reihe „Politiker vor Ort“ im Kino Union Friedrichshagen. Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher, Dr. med Klaus R. Zimmering, Hausarzt und der Apotheker Florian Schulze diskutierten, moderiert von der Abgeordneten Minka Dott (DIE LINKE) eine Vielzahl aktueller Probleme. So wurde darauf aufmerksam gemacht, dass das Land Berlin nur wenig Einflussmöglichkeit in Fragen der Gesundheitspolitik habe. Verschlechterungen werden jedoch von den angekündigten Änderungen durch die schwarz-gelbe Koalition befürchtet. Die Bestrebungen, die Krankenversicherung auf Basis einer „Kopfpauschale“ und eventuellen Zusatzbeiträgen zu organisieren, werde den Einfluss der Pharmaindustrie stärken und die Kosten weiter nach oben treiben. Es wurde ausgeführt, dass dem Senat die

Mängel bei der medizinischen Versorgung sowohl bei Hausärzten als auch bei Fachärzten bekannt sind. Er bemüht sich im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten um Linderung, besonders in den sozial schwächsten Stadtbezirken. Zu denen gehört Treprow-Köpenick jedoch trotz aller Probleme nicht.

Ein großer Teil der Diskussion befasste sich mit der Schweinegrippe und der Schutzimpfung dagegen. Alle vier mit der Problematik vertrauten Teilnehmer auf dem Podium befürworteten uneingeschränkt die Schutzimpfungen. Der bisher in Europa relativ leichte Verlauf der meisten Erkrankungen sollte nicht über zukünftige Gefahren täuschen. Die zweite Welle kann wesentlich dramatischer verlaufen. Die zweierlei Impfstoffe sind diesmal kein Ausdruck einer Zweiklassen-Medizin, sondern dem Zeitdruck bei der Entwicklung geschuldet.

Ein ausführlicherer Bericht über die Veranstaltung kann im Friedrichshagener Schirm unter www.friedrichshagen.net Rubrik Politisches – DIE LINKE eingesehen werden.

DIE LINKE.

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

Mehr als ein Tusch für Busch

Mit den Januarkonzerten (23. und 24. Januar), die der Ernst-Busch-Chor alljährlich zu Ehren seines Namenspatrons gibt, wird gewissermaßen das Busch Jahr 2010 feierlich eröffnet. Am 22. Januar jährt sich nämlich zum 110. Mal der Geburtstag des Sängers und Schauspielers mit seiner markanten Stimme. Für die über 70 Sängerinnen und Sänger des Ensembles sozusagen eine Herzensangelegenheit; da gibt's einen Tusch für Busch.

Im Grunde aber ist es sogar mehr als nur ein Tusch. Das Programm des Konzerts, das im großen Saal des Hauses der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation in der Friedrichstraße über die

Bühne geht, steht unter dem Motto „In allen Sprachen singt man auf der Welt“. Kurt Hartke, künstlerischer Leiter des Chores, hat wieder eine Liedfolge zusammengestellt, die in der Tat einem bunten eindrucksvollen Potpourri gleicht. „Mit den Titeln, die wir auswählten, möchten wir ein möglichst unverwechselbares und viele Facetten umfassendes Bild von Busch vermitteln“, schildert Hartke. Ein ungeschriebenes Gesetz für die Januarkonzerte ist es, dass Gäste mitwirken. Dieses Mal sind es die Multitalente der deutschen Kleinkunstszene Stefan Körbel und Michael Letz.

Höhepunkt des Jahres ist das Ernst-Busch



Foto: André Kötzer

Festival vom 28. bis 30. Mai, das den Namen „Busch 2010 – Echo der Nachgeborenen“ trägt. Über 50 Künstler haben ihre Teilnahme zugesagt. Unter dem Kennwort „Busch 2010“ bittet der Freundeskreis des Sängers – da keinerlei Senatszuschüsse – um Spenden und zwar auf das Konto 1279282015 (BLZ 100 90000) bei der Berliner Volksbank.

Weihnachtszüge der Parkeisenbahn

Auch wenn der Herbst dieses Jahr außergewöhnlich warm ausfällt, so macht die Parkeisenbahn Wuhlheide momentan „Winterschlaf“. In dieser Zeit erfolgt die Wartung der Fahrzeuge.

Wie jedes Jahr verkehren jedoch, in diesem Jahr am 3. Adventswochenende, die traditionellen Weihnachtszüge. Auch der kleine Weihnachtsmarkt in der Wagenhalle wird wieder aufgebaut. Seit Anfang November sind bereits alle 26 Züge ausgebucht. Die ersten Anrufer hatten bereits im April versucht, Plätze zu buchen!

Da die S-Bahn Berlin in diesem Jahr ihren Weihnachtszug nicht fahren lassen, kann versucht die Parkeisenbahn mit ihren bescheidenen Mitteln der S-Bahn zu helfen. So wird am 5. und 6. Dezember zusätzlich von 11 Uhr bis 16.30 Uhr der

Weihnachtszug alle 30 Minuten fahren. Da der Weihnachtsmarkt von ehrenamtlichen Kräften vorbereitet und betreut wird, ist dieses leider nur an dem traditionellen Wochenende (3. Advent) möglich.

Da auch die beliebten Fahrten für Kitas und Schulklassen ausgebucht sind, will die Parkeisenbahn auch dort zusätzliche Kapazitäten schaffen. In der Woche vom 14. bis 18. Dezember werden Rundfahrten stündlich zwischen 9 Uhr und 12 Uhr angeboten, jedoch nur mit Voranmeldung.



Hans-Joachim Gollnick



Wir bedanken uns für alle Spenden, die das Erscheinen des „blättchens“ ermöglichen und bitten weiterhin um Ihre Unterstützung.

Überweisungen bitte an:
Empfänger: DIE LINKE Berlin
Konto: 438 481 68 00
BLZ: 100 200 00 Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 503-810
Oder direkt in beiden Geschäftsstellen.
Vielen Dank.

**Das nächste blättchen
erscheint am
14. Januar 2010**

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 11

Mo 07.12. 17:00 Basistreffen der LINKEN
Treprow-Köpenick, Geschäftsstelle Köpenick, Allendeweg 1

Di 08.12. 18:30 Beratung des Bezirksvorstandes, Allendeweg 1

Do 10.12. 19:30 BO Kultur berät Thesen zur Kulturarbeit, Café Rewatex, Gutenbergstraße 7

Mo 14.12. 15:00 AG Seniorenpolitik: Schlussfolgerungen aus dem Seniorenforum, Brückenstr. 28

Di 12.01. 18:30 Beratung des Bezirksvorstandes, Allendeweg 1

Mi 09.12 15:00 BdA Treprow: „Ich bin Vergangenheit und Gegenwart“,

Vera Friedländer spricht über ihre Autobiografie, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275

Zum Jahresausklang: „Opa auf der Matte“, Frühstücken mit Günter Herlt

Sa 05.12. 10:30 Spindlersfeld, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße 148

So 13.12. 10:00 Allende-Viertel, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstr. 60 D

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de